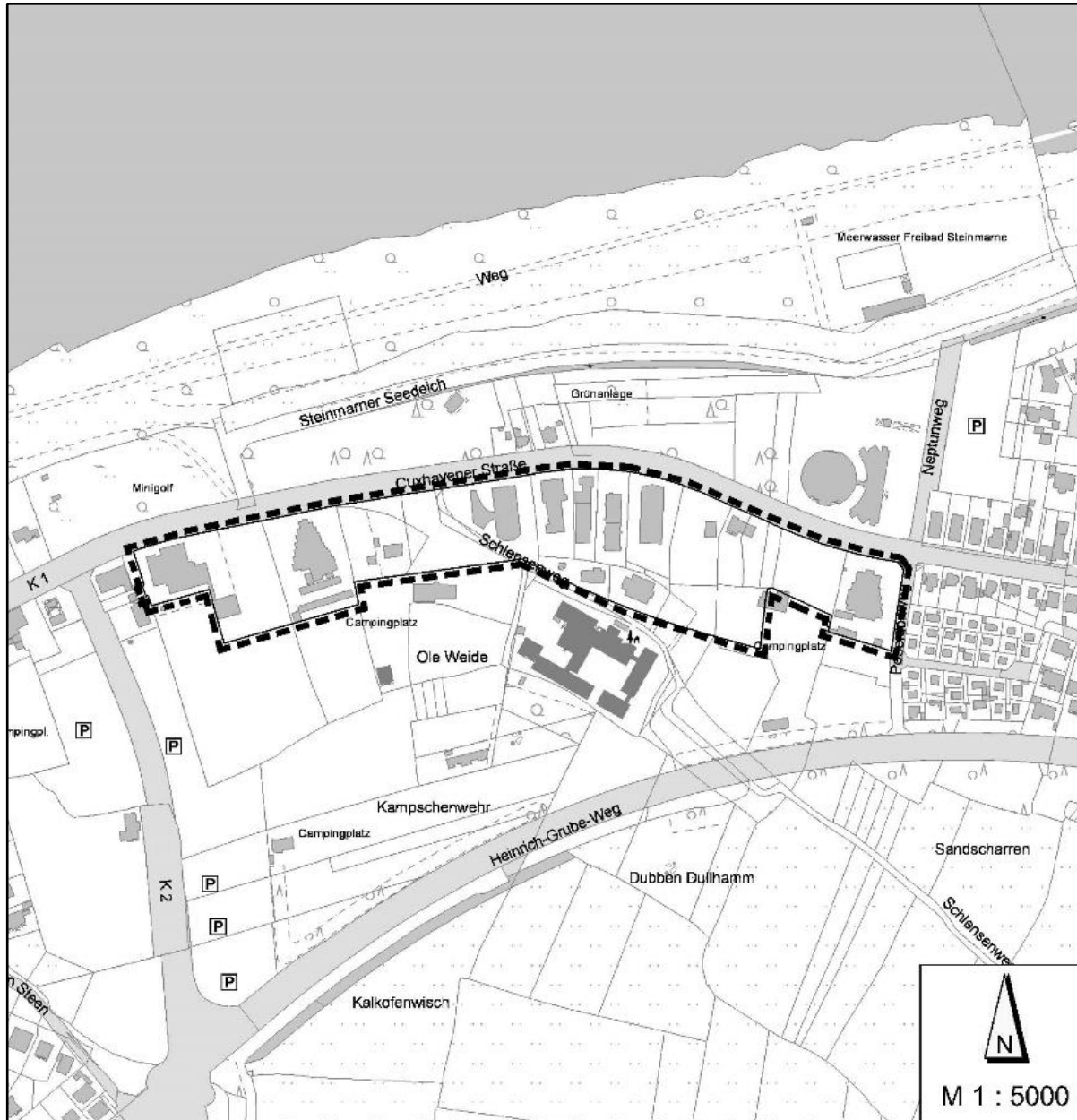


STADT CUXHAVEN

Der Oberbürgermeister



Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 34/1 „Cuxhavener Straße“ 7. Änderung



Mai 2022

NWP Planungsgesellschaft mbH

Gesellschaft für räumliche
Planung und Forschung

Escherweg 1
26121 Oldenburg
Postfach 53 35
26043 Oldenburg

Telefon 0441 97174 -0
Telefax 0441 97174 -73
E-Mail info@nwp-ol.de
Internet www.nwp-ol.de



Inhalt

1.	Einleitung	2
1.1	Inhalte und Ziele des Bauleitplanes	2
1.2	Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung bei der Planung	2
1.3	Ziele des speziellen Artenschutzes – Artenschutzprüfung (ASP)	5
1.3.1	Relevante Arten, Situation im Plangebiet	7
1.3.2	Prüfung der Verbotstatbestände	7
2.	Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen	8
2.1	Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands und der voraussichtlichen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung (Basisszenario)	8
2.1.1	Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	8
2.1.2	Fläche, Boden und Wasser	9
2.1.3	Klima und Luft	10
2.1.4	Landschaft	10
2.1.5	Mensch, Kultur- und Sachgüter	11
2.1.6	Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern	11
2.2	Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung	11
2.2.1	Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	12
2.2.2	Auswirkungen auf Fläche, Boden und Wasser	12
2.2.3	Auswirkungen auf Klima und Luft	12
2.2.4	Auswirkungen auf die Landschaft	12
2.2.5	Auswirkungen auf den Menschen, Kultur- und sonstige Sachgüter	12
2.2.6	Auswirkungen auf Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern	12
2.3	Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltwirkungen	12
2.4	Anderweitige Planungsmöglichkeiten	13
2.5	Schwere Unfälle und Katastrophen	13
3.	Zusätzliche Angaben	13
3.1	Verfahren und Schwierigkeiten	13
3.2	Geplante Maßnahmen zur Überwachung	13
3.3	Allgemein verständliche Zusammenfassung	14
3.4	Referenzliste der herangezogenen Quellen	15
	Anhang zum Umweltbericht	16

1. Einleitung

Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, im Rahmen einer Umweltprüfung zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten. Hierbei sind vor allem die in § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB aufgeführten Belange zu berücksichtigen und die in § 1 a BauGB genannten Vorschriften anzuwenden. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sind im Aufstellungsverfahren des Bauleitplanes in die Abwägung einzustellen.

Der Umweltbericht bildet gemäß § 2 a BauGB einen gesonderten Teil der Begründung. Die nachfolgende Gliederung des Umweltberichtes orientiert sich an der Anlage 1 des BauGB.

Im Anhang ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen dargelegt. Vertiefende Angaben sind den folgenden Kapiteln zu entnehmen.

1.1 Inhalte und Ziele des Bauleitplanes

Das Plangebiet befindet sich im nördlichen Teil des Siedlungszusammenhangs von Cuxhaven im Stadtteil Duhnen und ist bereits bebaut.

Mit der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34/1 beabsichtigt die Stadt Cuxhaven die im Plangebiet bisher als Höchstmaß festgesetzte Geschossigkeit durch Festsetzungen von Bauhöhen zu konkretisieren und setzt die absolute maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen im Teilbereich 1 auf 25,5 m und im Teilbereich 2 auf 18 m fest.

1.2 Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung bei der Planung

Nachfolgend werden gemäß Anlage 1 des BauGB die in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgesetzten Ziele des Umweltschutzes, soweit sie für den vorliegenden Bauleitplan von Bedeutung sind, dargestellt. Weiterhin wird aufgeführt, inwieweit diese Ziele im Rahmen der vorliegenden Planung berücksichtigt werden.

Baugesetzbuch (BauGB)

Die Bauleitpläne ... sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen. [§ 1 Abs. 5 BauGB]

Mit der Planung soll die maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen in einem bereits bebauten Gebiet festgesetzt werden. Durch die maximale Höhe gliedern sich künftig zu bauende Gebäude in die städtebauliche Gestalt der Stadt Cuxhaven ein.

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen ... die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung ... [§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB]

Mit der Planung werden die künftigen Wohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb des Plangebietes nicht beeinträchtigt.

Störfall-Betriebe sind in der näheren Umgebung nicht bekannt und sind innerhalb des Plangebietes unzulässig.

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen ... die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die erhaltenswerten Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung und die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes ... [§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB]

Bau- oder Bodendenkmäler befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand nicht im Plangebiet. 60 - 100 m nördlich des Plangebietes befindet sich der Seedeich, der als „rechter Weserdeich“ in diesem Bereich unter Denkmalschutz steht. Beeinträchtigungen des Landschafts- und Ortsbildes werden durch die vorliegende Planung, also durch die Festsetzung der maximal zulässigen Höhe von baulichen Anlagen, gemindert.

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen ... die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes ... [§ 1 Abs. 6 Nr. 7. b) und § 1a Abs. 4 BauGB]

Circa 200 m nördlich des Plangebietes befindet sich der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, der als gleichnamiges FFH-Gebiet geschützt wird (EU-Nr. 2306-301). Der Nationalpark ist zu großen Teilen auch als EU-Vogelschutzgebiet „Niedersächsisches Wattenmeer und angrenzendes Küstenmeer“ (EU-Nr. 2306-301) geschützt. Durch die Begrenzung der maximal zulässigen baulichen Höhe werden diese Natura 2000-Gebiete nicht beeinträchtigt. Die Natura 2000-Verträglichkeit ist damit gegeben.

Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. [§ 1a Abs. 2 Satz 1 BauGB] (Bodenschutzklausel)

Flächeninanspruchnahmen und zusätzliche Versiegelungen werden durch die Planung nicht vorbereitet. Der Bodenschutzklausel wird daher entsprochen.

Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. [§ 1a Abs. 2 Satz 2 BauGB] (Umwidmungssperrklausel)

Eine Umnutzung wird durch die Planung nicht vorbereitet. Der Umwidmungssperrklausel wird daher entsprochen.

Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. [§ 1 a Abs. 5 BauGB]

Die Begrenzung der Höhe baulicher Anlagen im Plangebiet wirkt sich nicht negativ auf das Klima aus.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass

- 1. die biologische Vielfalt,*
- 2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie*
- 3. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft*

auf Dauer gesichert sind. [§ 1 Abs. 1 BNatSchG]

Natur und Landschaft werden durch die Planung nicht beeinträchtigt, da mit der Planung lediglich die max. zulässige Höhe baulicher Anlagen festgesetzt wird. Auf das Ortsbild von Cuxhaven wirkt sich die Planung positiv aus, da ein Übermaß an Gebäudeproportionen ausgeschlossen wird und die künftig zulässigen Bauhöhen sinnvoll begrenzt werden. Hierdurch soll das Nebeneinander von Unterkünften für die Fremdenbeherbergung (Hotels, Appartementshäuser, Pensionen etc.) und Camping harmonisiert werden.

Schutzgebiete und geschützte Objekte nach Naturschutzrecht

Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer beginnt rund 200 m nördlich des Plangebietes. Das nächstgelegene Landschaftsschutzgebiet ist das LSG CUX-S 12 „Baum- und Strauchbestand im ehemaligen Fort Thomsen“ knapp 550 m südlich des Plangebietes. Durch die vorliegende Planung (Festsetzung max. zulässiger baulicher Höhe) werden diese Schutzgebiete nicht beeinträchtigt. Weitere Schutzgebiete und -objekte befinden sich in der näheren Umgebung nicht.

Landesweite Naturschutzprogramme

Das Plangebiet ist weder im Aktionsprogramm Niedersächsische Gewässerlandschaften noch in einem Moorschutzprogramm verzeichnet.

Ziele des speziellen Artenschutzes

Aufgrund der Komplexität der artenschutzrechtlichen Vorgaben wird die Vereinbarkeit der Planung mit den Zielen des speziellen Artenschutzes in einem gesonderten Kapitel (s. Kap. 1.3 des Umweltberichtes) dargestellt.

Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)

Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sollen vor schädlichen Umwelteinwirkungen geschützt werden. [vgl. § 1 Abs. 1 BImSchG]

Ein Konfliktpotenzial hinsichtlich der immissionsschutzrechtlichen Belange zeichnet sich durch die vorliegende Planung nicht ab.

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)

Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen (Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen; Bestandteil des Naturhaushaltes, insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen aufgrund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers) sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden. [vgl. § 1 und § 2 Abs. 2 BBodSchG]

Flächeninanspruchnahmen und zusätzliche Versiegelungen werden durch die Planung nicht vorbereitet. Beeinträchtigungen des Bodens ergeben sich daher durch die Planung nicht.

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und Niedersächsisches Wassergesetz (NWG)

Die Gewässer (oberirdische Gewässer, Küstengewässer und Grundwasser) sollen durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung als Bestandteile des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut geschützt werden. [vgl. § 1 WHG]

Rund 200 m nördlich des Plangebietes beginnt das Wattenmeer westlich der Elbe. Weitere Oberflächengewässer bestehen in der näheren Umgebung nicht. Im Plangebiet und seiner Umgebung befinden sich außerdem keine Gebiete mit besonderen Anforderungen für den Wasserschutz. Durch die Festsetzung zur max. zulässigen baulichen Höhe ergeben sich keine Beeinträchtigungen der Gewässer.

Landschaftsplanung

Im Landschaftsrahmenplan von Cuxhaven (2013) werden für das Plangebiet keine besonderen Umweltbelange festgestellt, die der Planung entgegenstehen würden. Die Gehölze im östlichen Teil des Plangebietes sind als gehölzreicher, klimatischer Ausgleichsraum in einem ansonsten locker bebauten Siedlungsbereich verzeichnet (Textkarte 3.4-2).

1.3 Ziele des speziellen Artenschutzes – Artenschutzprüfung (ASP)

Gemäß § 44 BNatSchG bestehen bestimmte Schutzvorschriften für besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten.

Diese Verbote richten sich zwar nicht an die Ebene der Bauleitplanung, sondern untersagen konkrete Handlungen. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens ist allerdings zu prüfen, ob die artenschutzrechtlichen Vorgaben die Umsetzung der Planung dauerhaft hindern.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG sind die Verbote des speziellen Artenschutzes im Rahmen der Bauleitplanung nur anzuwenden, sofern und soweit Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie oder europäische Vogelarten betroffen sind.¹ Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich deshalb auf diese Artenvorkommen.

Die Anforderungen zum speziellen Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG beziehen sich auf die konkrete Handlung und auf konkret betroffene Individuen. Sie gelten unabhängig von den Festsetzungen des Bebauungsplanes. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wird je-

¹ Darüber hinaus sind solche Arten zu berücksichtigen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 (1) Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind. Eine Rechtsverordnung auf dieser Ermächtigungsgrundlage wurde bislang nicht erlassen.

doch bereits geprüft, ob artenschutzrechtliche Belange der Realisierung der Planung entgegenstehen können und ob Vermeidungs- oder (vorgezogene) Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen sind.

Gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG ist es verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der **europäischen Vogelarten** während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote).*

Da es sich bei dem geplanten Vorhaben um die Umsetzung eines nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhabens im Sinne von § 18 Abs.2 Satz 1 BNatSchG handelt, gilt gemäß § 44 Abs.5 Satz 2 BNatSchG (neue Fassung)²: *Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten und solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind³, liegt ein Verstoß gegen*

1. *das Tötungs- und Verletzungsverbot des Absatzes 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,*
2. *das Verbot des Nachstellens und Fanges wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Abs. 1 Nr. 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind*
3. *das Verbot nach Abs. 1 Nr. 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.*

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte

² in der am 29.09.2017 geltenden Fassung durch Artikel 1 G. v. 15.09.2017 BGBl. I S. 3434

³ Eine Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG, in der ebenfalls berücksichtigungspflichtige „nationale Verantwortungsarten“ definiert wären, liegt bisher nicht vor.

Arten gelten diese Maßgaben entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens ein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- oder Vermarktungsverbote nicht vor.

1.3.1 Relevante Arten, Situation im Plangebiet

Gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG sind die Verbote des speziellen Artenschutzes für zulässige Vorhaben innerhalb von Bebauungsplan-Gebieten nur anzuwenden, sofern und soweit Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie oder europäische Vogelarten betroffen sind.

Brutvögel: Das Plangebiet wird intensiv touristisch genutzt, weshalb hier hauptsächlich siedlungstolerante und ubiquitäre Vogelarten vorkommen werden. Das Plangebiet ist bereits bebaut. Zudem befinden sich einige, teils ältere Gehölze im Gebiet. Daher sind Vorkommen von gebäude- und gehölbewohnenden Frei- und Höhlenbrütern wahrscheinlich.

Fledermäuse: Im Hinblick auf die vorhandenen Gebäude und Altbäume sind Habitate von Fledermäusen nicht auszuschließen.

Andere Artengruppen: Vorkommen von anderen artenschutzrechtlich relevanten Arten, z. B. Säugetieren (mit Ausnahme von Fledermäusen), Farn- und Blütenpflanzen, Libellen, Amphibien oder Heuschrecken sind, auf Grund der Ausstattung des Habitats einerseits und der Lebensraumsprüche andererseits, nicht zu erwarten.

1.3.2 Prüfung der Verbotstatbestände

Tötungen (Verbotstatbestand gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG):

Die vorliegende Änderung bezieht sich lediglich auf die Festsetzung der maximal zulässigen Höhe im Plangebiet. Aus dieser Festsetzung werden sich keine Tötungen artenschutzrechtlich relevanter Arten ergeben.

Störungen (Verbotstatbestand gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2) BNatSchG):

Im artenschutzrechtlichen Sinne liegt eine erhebliche Störung vor, wenn sich durch sie der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Durch die vorliegende Änderung wird dieser Verbotstatbestand nicht berührt.

Verlust der ökologischen Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG in Verbindung mit § 44 Abs. 5 BNatSchG):

Das Verbot bezieht sich auf konkret abgrenzbare Lebensstätten (z.B. Vogelneester, Fledermausquartiere) und schützt diese im Zeitraum der aktuellen Nutzung. Darüber hinaus sind wiederkehrend genutzte Lebensstätten auch außerhalb der Phase aktueller Nutzung geschützt (z.B. Storchen-Horste, Fledermaus-Winterquartiere). Der Verlust von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten stellt keinen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand (gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG) dar, wenn die ökologische Funktion für betroffene Tierarten im räumlichen Zusammenhang weiter gewährleistet werden kann.

Zerstörungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten ergeben sich durch die Festsetzungen zur Gebäudehöhe nicht.

Fazit

Zusammenfassend begründet der Bebauungsplan keine Konflikte mit den artenschutzrechtlichen Bestimmungen.

Auf die grundsätzliche Einhaltung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände bei der konkreten Umsetzung von Maßnahmen wird verwiesen.

2. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen

Im Folgenden werden für die einzelnen Umweltschutzgüter die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung prognostiziert, wobei der Fokus insbesondere auf solche Auswirkungen gerichtet wird, die ein erhebliches (positives oder negatives) Ausmaß erreichen oder erhebliche Beeinträchtigungen im Sinne der Eingriffsregelung darstellen.

Die Prognose der Auswirkungen setzt dabei zunächst eine Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustandes (Basisszenario) voraus. Weiterhin ist die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung in der Übersicht aufzuzeigen, soweit diese zumutbar abgeschätzt werden kann. Auch bei der Darstellung des Basisszenarios und der voraussichtlichen Entwicklung ohne Planung wird bereits auf die voraussichtlich erheblich beeinflussten Umweltmerkmale fokussiert.

2.1 Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands und der voraussichtlichen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung (Basisszenario)

2.1.1 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Das Plangebiet ist zu großen Teilen bereits bebaut und versiegelt und wird zudem intensiv genutzt. Die Bestandsgebäude werden teilweise von intensiv gepflegten Grünflächen umgeben. Außerdem befinden sich einige, teils ältere Gehölze im Plangebiet. Aus diesen Gründen ist hauptsächlich das Vorkommen siedlungstoleranter Vogelarten anzunehmen. Möglich sind Vorkommen von gehölz- oder gebäudebrütenden Frei- und Höhlenbrütern. Vorkommen weiterer artenschutzrechtlich relevanter Artengruppen sind aufgrund der Siedlungslage des Plangebietes unwahrscheinlich. Im Hinblick auf die im Plangebiet vorhandenen Gebäude und Altbäume sind Habitate von Fledermäusen nicht auszuschließen.

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Veränderungen dieses Schutzgutes werden bei Nichtdurchführung der Planung nicht erwartet.

2.1.3 Fläche, Boden und Wasser

Derzeitiger Zustand

Fläche: Das Plangebiet liegt im Siedlungszusammenhang von Cuxhaven und ist derzeit bereits zu großen Teilen gebaut und versiegelt.

Boden: Es ist davon auszugehen, dass die ursprünglichen Bodenverhältnisse durch die bisherige Siedlungstätigkeit und Bebauung weitgehend überformt sind.

Die allgemein verfügbaren Fachdaten geben zwischen der Einmündung vom Schlensenweg bis zur Cuxhavener Straße Nr. 23 mittleren Marschhufenboden unterlagert von Kleimarsch an. Dieser Boden ist durch Bodenverdichtung gefährdet. Außerdem besteht eine sehr hohe standortabhängige Verdichtungsempfindlichkeit. Kleinteilig findet sich im äußersten Südwesten tiefes Erdniedermoor mit einer hohen Gefährdung der Bodenfunktionen durch Bodenverdichtung und eine sehr hohe standortabhängige Verdichtungsempfindlichkeit. Im restlichen Plangebiet ist Mittlerer Podsol zu finden. Hier besteht eine geringe Gefährdung der Bodenfunktionen durch Bodenverdichtung. Auch ist die standortabhängige Verdichtungsempfindlichkeit der Böden sehr gering. Ein schutzwürdiger Boden ist für das Plangebiet nicht eingetragen. Hinweise über Altlasten im Plangebiet liegen nicht vor.⁴

Oberflächengewässer: Rund 200 m nördlich des Plangebietes beginnt das Wattenmeer westlich der Elbe. Der ökologische Zustand ist aufgrund unbefriedigender Lebensbedingungen für Phytoplankton und mäßiger für Makrophyten insgesamt unbefriedigend.

Der chemische Zustand ist aufgrund einer Quecksilberbelastung als nicht gut bewertet. Weitere Oberflächengewässer bestehen in der näheren Umgebung nicht.

Grundwasser/Versickerung: Das Plangebiet ist dem Grundwasserkörper „Land Hadeln Lockergestein“ zuzuordnen. Der chemische und auch der mengenmäßige Zustand des Grundwasserkörpers sind als gut bewertet.⁵ Die Grundwasseroberfläche liegt zwischen 0 m NHN und 5 m NHN. Die Grundwasserneubildungsrate im langjährigen Mittel (1981-2010) beträgt überwiegend >50 – 100 mm/a, untergeordnet auch >100 - 150 mm/a.⁶ Im Plangebiet und seiner Umgebung befinden sich keine Gebiete mit besonderen Anforderungen für den Wasserschutz.⁷

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Veränderungen hinsichtlich der Umweltschutzgüter Fläche, Boden und Wasser zeichnen sich bei Nichtdurchführung der Planung nicht ab.

⁴ LBEG: NIBIS Bodenkarten [letzter Zugriff: 10.05.2022]

⁵ MU: Umweltkarten [letzter Zugriff: 10.05.2022]

⁶ LBEG: NIBIS Bodenkarten [letzter Zugriff: 10.05.2022]

⁷ MU: Umweltkarten [letzter Zugriff: 10.05.2022]

2.1.5 Klima und Luft

Derzeitiger Zustand

Das Plangebiet liegt in der klimaökologischen Region des küstennahen Raums mit ganzjährig guten Austauschbedingungen sowie seltenen und wenig intensiven bioklimatischen Belastungssituationen mit Ausnahme des Windstresses.⁸

Der mittlere Niederschlag in Cuxhaven beträgt etwa 830 mm. Die mittlere Jahrestemperatur im Plangebiet liegt bei circa 9,9 °C.⁹

Daten zur lufthygienischen Situation liegen zum Plangebiet nicht vor.

Das Lokalklima wird durch die Vegetation und die Nutzung beeinflusst. Die Gebäude und versiegelten Flächen führen bei Sonneneinstrahlung zu einer Aufwärmung im Kleinklima.

Den Gebäuden ist eine windbrechende Wirkung beizumessen und es ist mit entsprechenden Luftverwirbelungen zu rechnen.

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Im Rahmen des Klimawandels werden u.a. eine Erhöhung der Durchschnittstemperaturen und eine Zunahme von klimatischen Extremereignissen (z.B. Starkregen, Starkwinde) prognostiziert. Wie sich die Bedingungen im Plangebiet selbst verändern werden, ist nicht zumutbar bzw. belastbar zu prognostizieren. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass hier vielfältige Wechselbeziehungen zwischen den Schutzgütern bestehen, so dass sich die klimatischen Änderungen auch auf z.B. Wasserhaushalt, Luftqualität und biologische Vielfalt auswirken können.

Die bei Nichtdurchführung der Planung voraussichtlich zunehmende Gebäudehöhe lässt entsprechende Auswirkungen, z.B. im Hinblick auf die windbrechende Wirkung (s.o.), erwarten.

2.1.6 Landschaft

Derzeitiger Zustand

Das Plangebiet liegt im Norden der Stadt Cuxhaven durchschnittlich 75 m südlich des Deiches. Das Plangebiet selbst ist zu großen Teilen bereits mit mehrstöckigen Gebäuden bebaut, die überwiegend als Beherbergungsbetriebe genutzt werden. Auch Camping ist im Plangebiet zu finden. Teilweise wird das Plangebiet von Gehölzen eingerahmt.

Nördlich des Plangebietes, jenseits der Cuxhavener Straße, befindet sich ein Laubwald. Südlich des Plangebietes befinden sich ebenfalls Campingplätze, südwestlich ein großer Parkplatz. Westlich des Plangebietes bestehen einige mehrstöckige Gebäude, während östlich des Plangebietes Einfamilienhäuser das Ortsbild prägen.

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung ist nicht auszuschließen, dass bei der Ausnutzung der bisher zulässigen Geschossigkeit Bauhöhen erreicht werden können, die deutlich über die Höhe der umgebenden Bebauung hinausgehen und sich somit nicht in das Ortsbild einpassen.

⁸ Mosimann et al. (1999)

⁹ MU: Umweltkarten [letzter Zugriff: 10.05.2022]

2.1.7 Mensch, Kultur- und Sachgüter

Derzeitiger Zustand

Im Plangebiet befinden sich diverse Ferienunterkünfte, darunter auch Teile zweier Campingplätze. Unmittelbar nördlich verläuft die K1 Cuxhavener Straße, die mit einer max. Geschwindigkeit von 30 km/h befahren werden darf.

Störfall-Betriebe sind in der näheren Umgebung nicht bekannt.

Bau- oder Bodendenkmäler oder sonstige Sachgüter sind nach Kenntnisstand innerhalb des Bereiches nicht bekannt; in dessen näherem Umfeld befindet sich nördlich der Seedeich, der hier als „rechter Weserdeich“ unter Denkmalschutz steht.

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung sind keine Änderungen dieser Schutzgüter ersichtlich.

2.1.8 Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern

Zwischen den einzelnen Umweltschutzgütern bestehen umfangreiche funktionale Wechselwirkungen. So bedingen z.B. die Boden- und Klimaverhältnisse sowie die menschliche Nutzung die Ausprägung der Vegetation, diese wiederum prägt stark die Eignung als Tier-Lebensraum sowie die landschaftliche Eigenart und Erholungseignung. Eine hiervon unbeeinflusste Bestandsbeschreibung ist insofern nicht möglich, so dass die bestehenden Wechselwirkungen bereits in den vorstehenden Kapiteln mit Berücksichtigung finden.

2.2 Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Im Anhang ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen, die bei Durchführung der Planung zu erwarten sind, dargestellt. Dabei werden die direkten und die etwaigen indirekten, sekundären, kumulativen, grenzüberschreitenden, kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen, ständigen und vorübergehenden sowie positiven und negativen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase in die Umweltprüfung einbezogen. Allerdings wird insbesondere auf die Auswirkungen abgestellt, welche möglicherweise ein erhebliches Ausmaß erreichen. Die nachfolgenden Kapitel enthalten vertiefende Erläuterungen zu den Aspekten, die im vorliegenden Planfall eine besondere Relevanz erreichen.

Als Grundlage für die Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung werden zunächst Angaben zu den geplanten Vorhaben bzw. zu den bauleitplanerisch vorbereiteten baulichen und sonstigen Nutzungen zusammengestellt (vgl. auch tabellarische Übersicht im Anhang). Dabei ist zu berücksichtigen, dass auf Ebene der Bauleitplanung regelmäßig keine Kenntnisse zu Gestaltungsdetails, Realisierungszeitpunkt u. ä. der künftigen Bebauung feststehen.

Die zu erwartenden Umweltauswirkungen werden insbesondere durch folgende Charakteristika der geplanten Nutzungen bestimmt:

- Festsetzung der maximal zulässigen Höhe für bauliche Anlagen

In die nachfolgenden Darstellungen zu den Auswirkungen der Planung werden Angaben zur Eingriffsregelung integriert, d.h. die Identifizierung erheblicher Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes.

Bezüglich der Auswirkungen auf die Umweltschutzziele, welche auf Ebene der Europäischen Union oder auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene festgelegt sind, sei auf Kapitel 1.2 des Umweltberichtes verwiesen.

2.2.1 Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Mit der vorliegenden Planung soll lediglich die maximal zulässige Höhe der baulichen Anlagen im Plangebiet festgesetzt werden. Dadurch entstehen keine Beeinträchtigungen dieses Schutzgutes.

2.2.2 Auswirkungen auf Fläche, Boden und Wasser

Zusätzliche Flächeninanspruchnahmen und Bodenversiegelungen ergeben sich aus der Planung nicht. Beeinträchtigungen dieser Schutzgüter werden somit nicht vorbereitet. Auch die Nordsee als nächstgelegenes Oberflächengewässer wird nicht beeinträchtigt.

2.2.3 Auswirkungen auf Klima und Luft

Durch Festlegung der maximal zulässigen Bauhöhe werden die möglichen gebäudebedingten Auswirkungen auf das Kleinklima begrenzt.

2.2.4 Auswirkungen auf die Landschaft

Durch die präzise Festsetzung der maximal zulässigen Gebäudehöhen werden ein dem Ortsbild nicht mehr entsprechendes Übermaß an Gebäudeproportionen ausgeschlossen und die künftigen zulässigen Bauhöhen in Orientierung am vorhandenen Baubestand sinnvoll begrenzt.

2.2.5 Auswirkungen auf den Menschen, Kultur- und sonstige Sachgüter

Nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch werden nicht vorbereitet. Durch die Festsetzungen zur maximalen Gebäudehöhe soll das Nebeneinander von Unterkünften für die Fremdenbeherbergung (Hotels, Appartementshäuser, Pensionen etc.) und Camping harmonisiert werden. Dadurch kann die Erholungswirkung in der Stadt Cuxhaven gefördert werden.

2.2.6 Auswirkungen auf Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern

Zwischen den einzelnen Umweltschutzgütern bestehen umfangreiche funktionale Wechselwirkungen. So führen beispielsweise die Versiegelungen von Böden zugleich zu Beeinträchtigungen der Grundwasserneubildung und der Eignung als Pflanzen-Standort. Eine separate Wirkungsprognose ist insofern nicht möglich, so dass die bestehenden Wechselwirkungen bereits in den vorstehenden Kapiteln mit Berücksichtigung finden.

2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltwirkungen

Die Planung dient dem Vermeidungsgrundsatz zur Sicherung einer in der Bauhöhe ortsbildangepassten Gebäudestruktur. Die Festlegung zur maximalen Gebäudehöhe gewährleistet die ortsangepasste Eingliederung zukünftiger Bauvorhaben in das Siedlungsbild.

Da die Planung keine erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft und keine erheblichen Umweltauswirkungen begründet (Kap. 2.2.1 – 2.2.5), sind keine Ausgleichsmaßnahmen für Natur und Landschaft (Eingriffsregelung) bzw. für die Umweltbelange erforderlich.

2.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Als anderweitige Planungsmöglichkeit sei auf die vorstehenden Ausführungen zur Nichtdurchführung der Planung verwiesen.

Die Planalternative weitergehender Höhenbeschränkungen wird nicht verfolgt, um weiterhin eine ortsangepasste bauliche Entwicklung zuzulassen.

2.5 Schwere Unfälle und Katastrophen

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bauleitplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, werden bei der Planung nicht abgeleitet.

3. Zusätzliche Angaben

3.1 Verfahren und Schwierigkeiten

Bei der Durchführung der Umweltprüfung kamen folgende Verfahren zur Anwendung:

- Auswertung folgender allgemein verfügbarer Quellen:
 - NIBIS-Kartenserver des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie
 - Umweltkartenserver des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
 - Landschaftsrahmenplan Cuxhaven (2013)

Relevante Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben ergaben sich nicht.¹⁰

3.2 Geplante Maßnahmen zur Überwachung

Gemäß § 4c BauGB haben die Kommunen erhebliche Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten können, zu überwachen (Monitoring). Im Folgenden sind die Überwachungsmaßnahmen zu den Vermeidungs-, Verhinderungs-, Verringerungs- und Ausgleichsmaßnahmen (gemäß Anlage 1 Ziffer 2 c) BauGB) dargelegt.

- Die Stadt wird Hinweisen von den Fachbehörden und aus der Bevölkerung über unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen der Planung nachgehen und dies dokumentieren.

¹⁰ Hinweis zum Umweltschadensrecht: Auf Grundlage der aktuell vorliegenden Kenntnisse sind nicht alle zukünftigen Auswirkungen der Planung auf Arten und natürliche Lebensräume im Sinne des § 19 Abs. 2 und 3 BNatSchG abschließend prognostizierbar. Es können nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustandes der genannten Arten oder Lebensräume verursacht werden, deren Vorkommen im Einwirkungsbereich der Planung bisher nicht bekannt ist oder die sich künftig im Einwirkungsbereich der Planung ansiedeln bzw. entwickeln. Eine vollständige Freistellung nachteiliger Auswirkungen gemäß § 19 Abs. 1 BNatSchG kann deshalb planerisch und gutachterlich nicht gewährleistet werden.

3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Mit der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34/1 beabsichtigt die Stadt Cuxhaven im Plangebiet die maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen im Teilbereich 1 auf 25,5 m und im Teilbereich 2 auf 18 m festzusetzen. Das Plangebiet befindet sich im nördlichen Teil des Siedlungszusammenhangs von Cuxhaven im Stadtteil Duhnen.

Bestand

Das Plangebiet ist zu großen Teilen bereits bebaut und versiegelt und wird intensiv touristisch genutzt. Die Bestandsgebäude werden teilweise von intensiv gepflegten Grünflächen umgeben. Zudem befinden sich einige, teils ältere Gehölze im Plangebiet. Aus diesen Gründen ist hauptsächlich das Vorkommen siedlungstoleranter Vogelarten anzunehmen. Zu erwarten sind Vorkommen von gehölz- oder gebäudebrütenden Frei- und Höhlenbrütern. Im Hinblick auf die im Plangebiet vorhandenen Gebäude und Altbäume sind Habitate von Fledermäusen nicht auszuschließen. Vorkommen weiterer artenschutzrechtlich relevanter Artengruppen sind aufgrund der Siedlungslage des Plangebietes unwahrscheinlich.

Auswirkungen auf Natur und Landschaft, Eingriffsregelung

Die Planung dient dem Vermeidungsgrundsatz zur Sicherung einer in der Bauhöhe ortsbildangepassten Gebäudestruktur. Bei Umsetzung der Planung entstehen keine erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft im Sinne der Eingriffsregelung, so dass keine Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind.

Natura 2000-Verträglichkeit

Circa 200 m nördlich des Plangebietes befindet sich der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, der als gleichnamiges FFH-Gebiet geschützt wird (EU-Nr. 2306-301). Der Nationalpark ist zu großen Teilen auch als EU-Vogelschutzgebiet „Niedersächsisches Wattenmeer und angrenzendes Küstenmeer“ (EU-Nr. 2306-301) geschützt. Durch die Begrenzung der maximal zulässigen baulichen Höhe werden diese Natura 2000-Gebiete nicht beeinträchtigt. Die Natura 2000-Verträglichkeit ist damit gegeben.

Schutzgebiete und geschützte Objekte nach Naturschutzrecht

Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer beginnt rund 200 m nördlich des Plangebietes. Das nächstgelegene Landschaftsschutzgebiet ist das LSG CUX-S 12 „Baum- und Strauchbestand im ehemaligen Fort Thomsen“ knapp 550 m südlich des Plangebietes. Durch die vorliegende Planung (Festsetzung max. zulässiger baulicher Höhe) werden diese Schutzgebiete nicht beeinträchtigt.

Besonderer Artenschutz

Mit der Festsetzung der max. zulässigen Höhe baulicher Anlagen im Geltungsbereich werden keine Maßnahmen für den besonderen Artenschutz erforderlich.

3.4 Referenzliste der herangezogenen Quellen

LANDESAMT FÜR BERGBAU, ENERGIE UND GEOLOGIE (LBEG) (2017): Flächenverbrauch und Bodenversiegelung in Niedersachsen. Geoberichte 14.

LANDESAMT FÜR BERGBAU, ENERGIE UND GEOLOGIE (LBEG): NIBIS Bodenkartenserver, abrufbar unter: <https://nibis.lbeg.de/cardomap3/> [letzter Zugriff: 10.05.2022].

MOSIMANN, THOMAS; FREY, THORSTEN; TRUTE, PETER (1999): Schutzgut Klima/Luft in der Landschaftsplanung. In: Niedersächsisches Landesamt für Ökologie: Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 4/99.

NIEDERSÄCHSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, BAUEN UND KLIMASCHUTZ (MU): FFH-Steckbriefe, abrufbar unter: [letzter Zugriff: 10.05.2022].

NIEDERSÄCHSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, BAUEN UND KLIMASCHUTZ (MU): Umweltkarten Niedersachsen, abrufbar unter: <https://www.umweltkarten-niedersachsen.de/> [letzter Zugriff: 10.05.2022].

Anhang zum Umweltbericht

Mögliche erhebliche Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase gemäß BauGB, Anlage 1, Nr. 2.b) Ziffer aa) bis hh) u. a. infolge		
aa)	Bau und Vorhandensein der geplanten Vorhaben, soweit relevant einschließlich Abrissarbeiten:	Festlegung der max. zulässigen Höhe baulicher Anlagen im Geltungsbereich. Abrissarbeiten bisher nicht ersichtlich.
bb)	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist:	Keine zusätzliche Nutzung natürlicher Ressourcen durch die vorliegende Änderung des Bebauungsplanes.
cc)	Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen:	Bei Wohngebieten: Lärm, Staub und Erschütterungen sind über die Bauphase hinaus nicht zu erwarten.
dd)	Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihre Beseitigung und Verwertung:	Angaben über Art und Menge von Abfällen liegen nicht vor, sind aber nicht im besonderen Maße zu erwarten. Die anfallenden Abfälle und Abwässer werden ordnungsgemäß entsorgt und abgeführt.
ee)	Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (zum Beispiel durch Unfälle und Katastrophen):	Vorhabenbedingt sind mit dem Standort keine besonderen Risiken zu erwarten, da mit dem zulässigen Vorhaben keine Anfälligkeit für schwere Unfälle oder Katastrophen verbunden sind.
ff)	Kumulierung mit den Auswirkungen benachbarten Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen:	Es sind keine Kumulierungseffekte ersichtlich.
gg)	Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima (zum Beispiel Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels:	Negative Auswirkungen auf das Klima ergeben sich durch die Planung nicht.
hh)	Eingesetzte Techniken und Stoffe:	Während der Bau- und Betriebsphase eingesetzte Techniken und Stoffe, die zu erheblichen Beeinträchtigungen führen, sind nicht bekannt.

Nachfolgend ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen dargelegt. Vertiefende Angaben insbesondere zu erheblichen Umweltauswirkungen sind den jeweiligen Kapiteln des Umweltberichtes näher erläutert.

Die Angaben zu den geplanten Vorhaben bzw. zu den bauleitplanerisch vorbereiteten baulichen und sonstigen Nutzungen, welche für die Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung in die Umweltprüfung eingestellt wurden, sind in Kap. 2.2 des Umweltberichtes dargestellt.

Vorab werden einige Erläuterungen zu der nachfolgenden tabellarischen Übersicht der Umweltauswirkungen aufgeführt.

Erläuterungen zur tabellarischen Übersicht der Umweltauswirkungen	
die Beurteilung der Umweltauswirkungen wird wie folgt vorgenommen	
o	keine bedeutsamen Umweltauswirkungen ersichtlich/ zu erwarten
x	Umweltauswirkungen zu erwarten, aber unerheblich
x	Umweltauswirkungen von einiger Relevanz zu erwarten, nähere Erläuterungen in Kap. 2.2 ff. des Umweltberichtes
kurzfristig	vorliegend definiert als < 3 Jahre andauernd/ innerhalb von 3 Jahren nach Umsetzung der geplanten Vorhaben einsetzend
mittelfristig	vorliegend definiert als 3 – 15 Jahre, generell überschaubare Perspektive der Bauleitplanung
langfristig	vorliegend definiert als 15 Jahre, danach ggf. bauleitplanerische Überprüfung, Anpassung

Insbesondere zu berücksichtigende Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB)	ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase												Kurz-Erläuterungen
	direkt	indirekt	sekundär	kumulativ	grenzüberschreitend	kurzfristig	mittelfristig	langfristig	ständig	vorübergehend	positiv	negativ	
a) Auswirkungen auf ...													
Tiere	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Eine Betroffenheit ist nicht zu erwarten.
Pflanzen	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Eine Betroffenheit ist nicht zu erwarten.
biologische Vielfalt	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Eine Betroffenheit ist nicht zu erwarten.
Fläche	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Eine Betroffenheit ist nicht zu erwarten.
Boden	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Eine Betroffenheit ist nicht zu erwarten.
Wasser	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Eine Betroffenheit ist nicht zu erwarten.
Luft	x	o	o	o	o	x	x	x	x	o	x	o	Positive Auswirkungen der Planung, da die höhenbedingten Auswirkungen der Bebauung, z.B. Luftverwirbelungen begrenzt bleiben.
Klima	x	o	o	o	o	x	x	x	x	o	x	o	Positive Auswirkungen der Planung, da die höhenbedingten Auswirkungen der Bebauung, z.B. Luftverwirbelungen begrenzt bleiben.
Wirkungsgefüge	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Über das allgemeine Wirkungsgefüge hinaus sind keine besonderen Beziehungen ersichtlich.
Landschaft	x	o	o	o	o	x	x	x	x	o	x	o	Positive Auswirkungen, da durch die Festsetzung der max. zulässigen Höhe baulicher Anlagen sichergestellt ist, dass sich mögliche bauliche Entwicklungen in das bestehende Ortsbild der Stadt Cuxhaven einpassen.
b) Ziel u. Zweck der Natura 2000-Gebiete	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Natura 2000-Gebiete sind nicht betroffen.
c) umweltbezogene Auswirkungen auf Mensch, Gesundheit, Bevölkerung	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Eine Betroffenheit ist nicht zu erwarten.

Insbesondere zu berücksichtigende Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB)	ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase												Kurz-Erläuterungen	
	direkt	indirekt	sekundär	kumulativ	grenzüberschreitend	kurzfristig	mittelfristig	langfristig	ständig	vorübergehend	positiv	negativ		
d) umweltbezogene Auswirkungen auf ...														
Kulturgüter	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Eine Betroffenheit ist nicht zu erwarten.
sonstige Sachgüter	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Eine Betroffenheit ist nicht zu erwarten.
e) Vermeidung von Emissionen	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Hinweise liegen nicht vor.
sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Anfallende Abfälle und Abwässer werden ordnungsgemäß entsorgt.
f) Nutzung erneuerbarer Energien	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Hinweise liegen nicht vor.
sparsame und effiziente Nutzung von Energie	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Es sind die Vorgaben der Energiesparverordnung anzuwenden
g) Darstellungen von														
Landschaftsplänen	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Die Planung steht den Festsetzungen nicht entgegen.
sonstigen Plänen (Wasser-, Abfall-, Immissions-schutzrecht u.a.)	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Hinweise liegen nicht vor.
h) Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen EU-festgelegte Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Keine Betroffenheit derartiger Gebiete.
i) Wechselwirkungen zwischen den Belangen des Umweltschutzes (Buchstaben a bis d)	x	x	x	x	o	x	x	x	x	x	x	x	x	Über die allgemeinen Wechselbeziehungen hinaus sind keine besonderen Wechselwirkungen ersichtlich.